

8.7.1917

Die Einberufung des Reichsrates.

Beschlüsse der Christlichsozialen, Tschechen und Südslawen.

Wien, 7. März.

In der heutigen Vollversammlung der Christlichsozialen Vereinigung wurde der Beschluß des Vorstandes vom 20. Februar in der Reichsratsfrage genehmigend zur Kenntnis genommen.

Gleichzeitig wurde der Vorstand beauftragt, sich mit dem Präsidenten Dr. Schönböck beauftragt, die Einberufung einer Osmännerkonferenz ins Einvernehmen zu setzen, welche die Maßnahmen zu beraten hätte, die zur Flottmachung des Parlaments führen können.

Der Beschluß des Vorstandes vom 20. Februar hatte folgenden Wortlaut: „Der Vorstand der Christlichsozialen Vereinigung des Abgeordnetenhauses gibt dem Befremden darüber Ausdruck, daß die Regierung bisher noch keine Schritte, betreffend die Flottmachung des Parlaments, unternommen hat. Die Vereinigung erwartet von der Regierung die baldigste Einberufung des Reichsrates und insbesondere von den beiden deutschen Ministern Dr. Baerzreither und Dr. Urban die tatkräftigste Unterstützung bezüglich der Schaffung einer den ruhigen parlamentarischen Betrieb sichernden Geschäftsordnung.“

Das Präsidium des Tschechischen Verbandes hielt heute unter dem Vorsitz des Abgeordneten Stanek eine Sitzung ab. Zu dem Referat, das der Beschlußfassung voranging, wurde festgestellt, daß die Politik des Verbandes damit rechnen muß, daß unausgesetzt Bestrebungen im Zuge sind, die gegenwärtige schwere Zeit zu einseitigen Lösungen bestimmter Fragen nationalpolitischen Charakters zu benützen.

Das Präsidium des Verbandes beschloß einstimmig, neuerdings entsprechend dem letzten Beschlusse der parlamentarischen Kommission zu betonen, daß der jetzige Moment in erster Reihe eine Vereinigung sämtlicher Kräfte zur Befriedigung der dringendsten Lebensbedürfnisse der breiten Schichten erfordert; daß es eine dringende Staatsnotwendigkeit nach außen und innen ist, daß ehestmöglich das Parlament einberufen werde; daß somit der Augenblick durchaus nicht geeignet sei, strittige nationale Fragen in einseitiger Weise zu lösen, da hiedurch der politische Waffenstillstand in nationalen Dingen gestört werde, den voll und ganz zu erhalten ein Gebot für alle Faktoren unseres Reiches sein sollte. Eine außerparlamentarische Lösung dieser Fragen führe nicht zur Arbeitsfähigkeit des Abgeordnetenhauses. Die Voraussetzung einer sachlichen und ungestörten Wirksamkeit des Parlaments bilde außer dem guten Willen aller Faktoren bloß die Geschäftsordnung.

Die Vertreter des tschechischen Volkes erklärten sich neuerdings bereit zu Verhandlungen und Vereinbarungen über strittige nationale Fragen. Gene Angelegenheiten, welche der Verband im jetzigen Augenblick für wahrhafte Staatsnotwendigkeiten erachtet, sind in richtiger Weise in der programmatischen Erklärung des Ministerpräsidenten in den letzten Konferenzen am 3. und 4. d. zusammengefaßt worden. Der Verband drückt seinen Entschluß aus, an der Lösung aller Fragen dieser Art, die mit der Verteidigung des Reiches und mit dem Wohlergehen der Bevölkerung zusammenhängen, im Interesse des Staates und der Dynastie werktätig im Parlament mitzuwirken.

Das Präsidium des Kroatisch-slowenischen Klubs hielt heute in Wien eine Sitzung ab, in der über die gegenwärtige Lage beraten wurde. Es wurde der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß eine Lösung der innerpolitischen Fragen ohne Mitwirkung der Völker, deren Lebensinteresse eine mächtige Stellung der Monarchie im Staatenbunde Mitteleuropas und die innere Stärkung der Gesamtmonarchie verlangt, nach beiden Seiten hin die gegenteilige Wirkung zur Folge haben würde. Es ist daher dringend notwendig, daß der Reichsrat einberufen werde, um sowohl die nationalpolitischen, als auch alle Fragen, die das Durchhalten der Völker im großen Ringen ermöglichen — so die Ernährungsfrage und die von der Regierung zur Diskussion gestellten Fürsorgefragen einschließlich der Frage der Kriegsschadigungsvergütung und der Sorae für das Flüchtlingswesen — einer gedeihlichen

Erledigung zuzuführen. Auch für die Vorbereitung des Ueberganges zur Friedenswirtschaft ist die Einberufung des Reichsrates unerlässlich.

Nach einer gemeinsamen Aussprache mit dem Präsidium des Tschechischen Verbandes ergab sich die Uebereinstimmung der Anschauungen beider Parteileitungen.

Samstag den 17. d. findet in Prag die Vollversammlung des Tschechischen Verbandes statt. Tags zuvor wird die aus 30 Mitgliedern bestehende parlamentarische Kommission zusammentreten. Am Nachmittag desselben Tages werden die einzelnen Parteien ihre Vollversammlung abhalten.

Donnerstag den 15. d. hält das Präsidium des Tschechischen Verbandes eine Sitzung ab.